

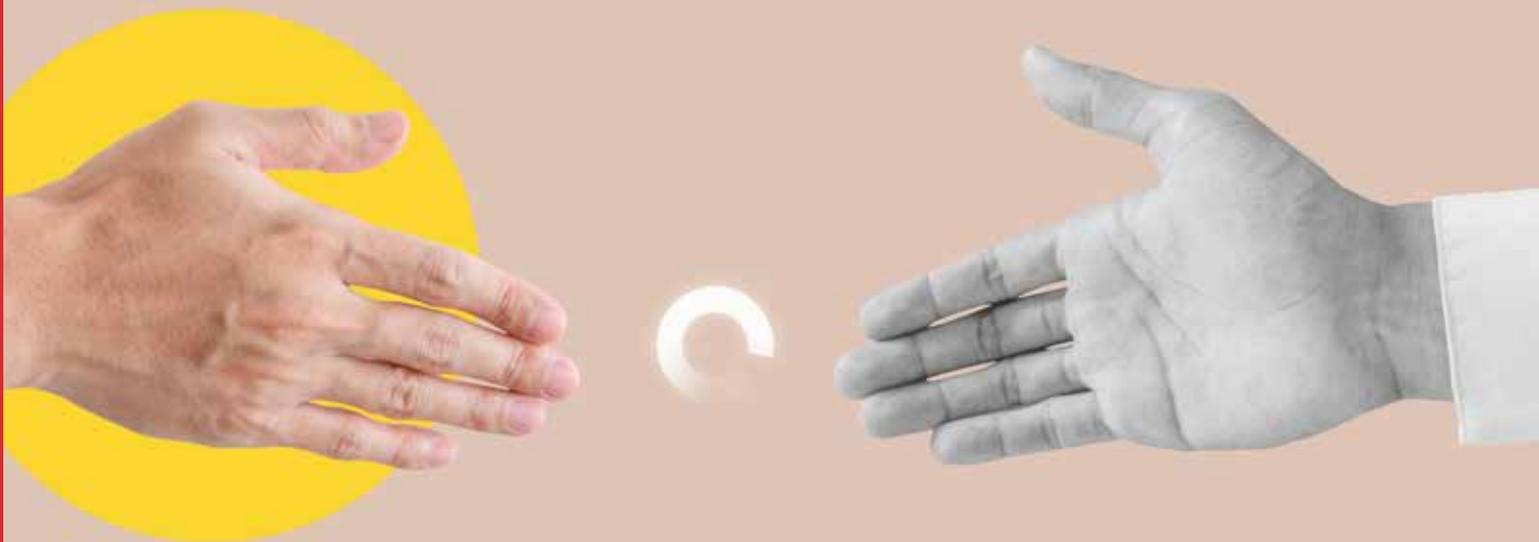
# SOLIDARITÄT SOLIDARIETÀ

## Höhere Löhne

Wo die Vertragsverhandlungen stehen

## Künstliche Intelligenz und die Arbeitswelt

„Es kommt darauf an, was wir daraus machen“





**IMPRESSUM**

**SOLIDARITÄT  
SOLIDARIETÀ**

**Zeitschrift des SGBCISL**

Siemensstraße 23  
39100 Bozen  
Tel. 0471 568 401  
Fax 0471 568 403  
www.sgbcisl.it

**Eintragung Landesgericht**

Bozen Nr. 2/77 vom 4.2.1977  
Presserechtlich verantwortlich:  
Florian Kronbichler  
ROC-Eintragung Nr. 22308  
vom 19.1.2012

**Druck:**

Tip. Tezzele by Esperia, Bozen

**Redaktion:**

Donatella Califano,  
Tila Mair, Omar Covi,  
Josef Untermarzoner,  
Michael Raveane, Armin Pircher

**Kontakt:**

armin.pircher@sgbcisl.it  
Siemensstraße 23 - 39100 Bozen  
Tel. 0471 568 402



**Leitartikel**  
Pflege ist ein Grundrecht ..... 3  
Wer kann sich das leisten? ..... 3



Foto © Alex-stock.adobe.com

**Künstliche Intelligenz**  
„Es kommt darauf an, was wir daraus  
machen“ ..... 4-5

**Gastbeitrag**  
Die Geburtenkrise Italiens ..... 6-7

**Thema**  
Vertragsverhandlungen müssen mehr bringen ..... 8-10

**Arbeit**  
Krankenstand: Gut zu wissen ..... 11

**Bauwesen**  
Ein Schritt zu mehr Arbeitssicherheit ..... 12

**Aus den Bezirken**  
Wie Wohnraum zu einer knappen Ressource wird ..... 13  
Bozen, die Stadt der unvollendeten Projekte ..... 14  
Unser Büro in Bruneck erhält ein Update ..... 15

**Steuerdienst**  
Sanierungsarbeiten, der Steuerabzug könnte reduziert werden ..... 16

**Patronat**  
Innerhalb Oktober kann für die Zuschüsse angesucht werden ..... 17  
Assegno unico – Aufgepasst bei Volljährigkeit eines Kindes ..... 17

**Vermischtes**  
Verbraucherrubrik ..... 18

**Kultur & Freizeit**  
Aktuelle Angebote ..... 19

**Zu guter letzt**  
Solidarität für ..... 20



Georg Plaickner  
SGBCISL-Generalsekretär



Donatella Califano  
SGBCISL-Generalsekretärin

## Wer kann sich das leisten?

Die Preise für Eigentums- und Mietwohnungen in Südtirol sind in den letzten Jahren in die Höhe geschossen und haben besorgniserregende Ausmaße erreicht. Wer kann ausreichend Eigenkapital aufbringen und dazu noch 25 Jahre lang Darlehensraten von 1.500 bis 2.000 Euro zurückzahlen? Aus, der Traum vom Eigenheim! Auch die Mieten haben enorm angezogen, selbst für unattraktive Kleinwohnungen werden teilweise 1.000 Euro und mehr verlangt. Finanzkräftige Personen aus dem In- und Ausland hingegen kaufen reihenweise Wohnungen – als Investition. In Südtirol hat sich die Zahl der Wohnungen, die über Airbnb vermietet werden, im Zeitraum von 2018 bis 2022 mehr als verdoppelt. Dies bedeutet weniger Wohnraum für Ansässige. Dazu kommt, dass die Besitzer dank der sogenannten „cedolare secca“ ihre Mieteinnahmen nur mit 21% besteuern können und in einigen Gemeinden mit Wohnungsnot sogar nur mit 10%. Das kann es nicht sein. Auch nicht, dass Wobi-Wohnungen leer stehen. Notwendig sind Regelungen, welche die Verwirklichung des Eigenheims und einen funktionierenden, fairen Mietmarkt ermöglichen. Ungenutzte und leerstehende Immobilien müssen auf den Markt gebracht werden, die Vergabekriterien von Sozialwohnungen sind zu überdenken und es braucht auch Sicherheiten für Wohnungseigentümer, die ihre Wohnungen zu einem bezahlbaren Preis vermieten. Wir brauchen Lösungen, denn Wohnen ist ein Grundrecht.

Georg Plaickner

## Pflege ist ein Grundrecht

Eine der größten Herausforderungen in Südtirol ist es, die Betreuung von pflegebedürftigen Personen zukünftig auf sichere Beine zu stellen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Betroffenen gut betreut werden, dass die Dienste langfristig finanzierbar sind und ausreichend Personal verfügbar ist. Der demografische Wandel und das Schwinden familiärer Netzwerke werden die Nachfrage nach Betreuung noch weiter steigern. Es gilt also, steigende Kosten zu stemmen und dem Personalmangel entgegenzuwirken. Jeder muss sein Grundrecht auf Betreuung beanspruchen und auf qualitativ gute Dienste zählen können. Wir sind skeptisch gegenüber Finanzierungsmodellen, welche einen Beitrag zu Lasten der Betreuten vorsehen, oder ein Pflegegeld, das sich nach dem Familieneinkommen richtet. Wir sind überzeugt, dass der Betreuungsbedarf der ausschlaggebende Indikator sein sollte. Es wäre besser, die Beiträge an die tatsächlich getätigten Ausgaben zu knüpfen. Dies würde Schwarzarbeit vorbeugen und verhindern, dass Frauen für die Pflege auf ihre Arbeit verzichten. Wohnen, Gesundheit, Soziales und Bildung müssen politische Prioritäten sein. Bevor Versicherungsformen oder eine private Beitragsleistung in Betracht gezogen werden, müssen die notwendigen Mittel im Haushalt aufgefunden werden. Soziale Leistungen müssen als universelles Recht und als Investition in das Gemeinwesen wahrgenommen werden, und nicht als simpler Kostenfaktor.

Donatella Califano

# „Es kommt darauf an, was wir daraus machen“

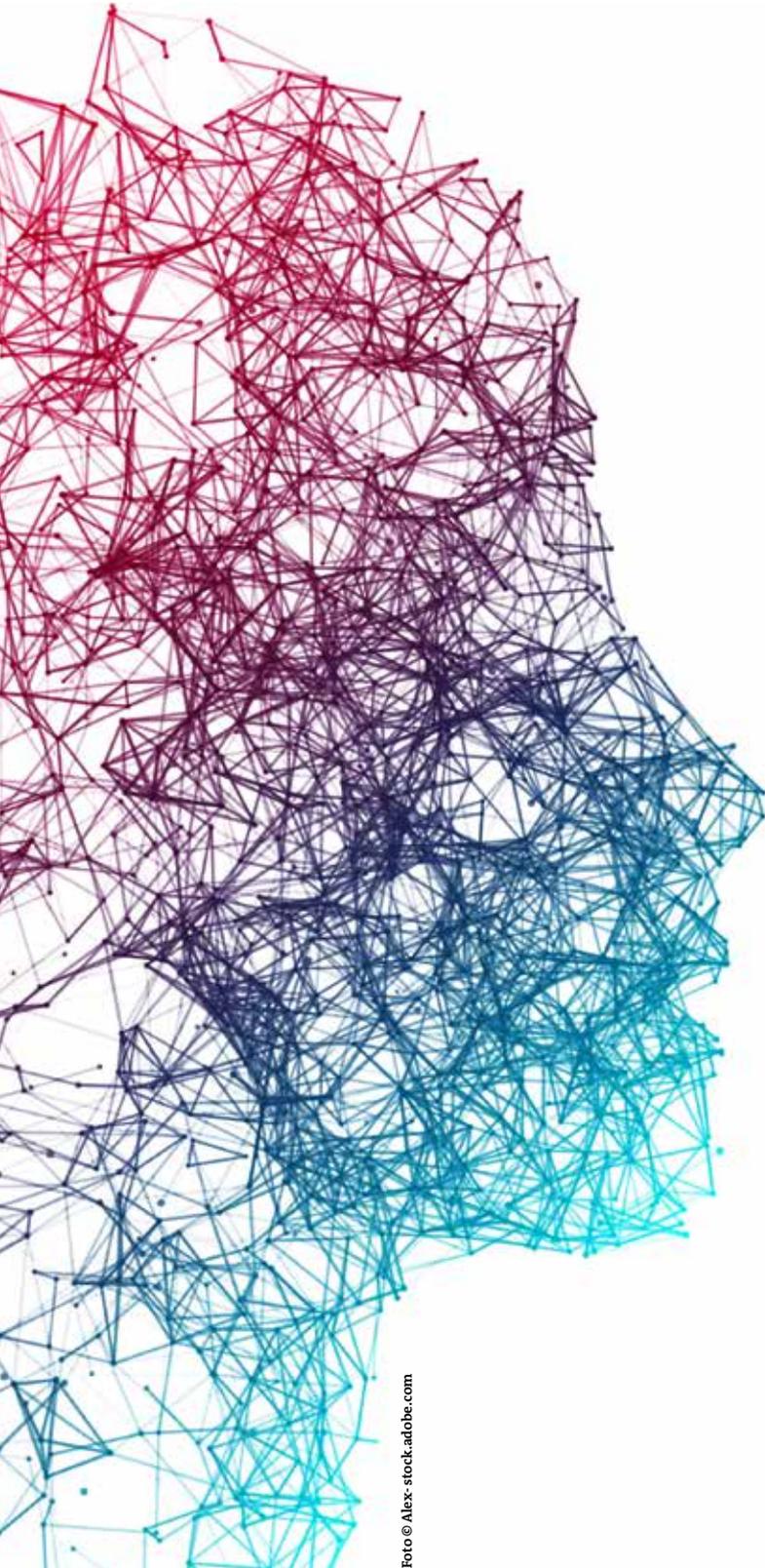
Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird die Gesellschaft und die Arbeitswelt verändern. Um dieses aktuelle Thema zu beleuchten, Herausforderungen zu erörtern und die Rolle der Gewerkschaft aufzuzeigen, hat der SGBCISL eine Info-Tagung abgehalten.

Künstliche Intelligenz hat heute schon einen großen Einfluss auf unser tägliches Leben. Viele Menschen sind sich dessen gar nicht bewusst oder können mit dem Begriff wenig anfangen. Die einen verbinden damit große Hoffnungen, sehen das große Potential von KI zur Erleichterung des Alltags und zur Lösung komplexer Probleme, andere wiederum fürchten um die Arbeitsplätze, die Demokratie und die Fähigkeit, selbstbestimmt entscheiden zu können.

„Wir wissen, dass das Unbekannte Menschen verunsichert. KI ist aber per se weder gut noch schlecht, es kommt darauf an, was wir daraus machen“, betonte Generalsekretärin **Donatella Califano** in ihrer Einführung zur Tagung „Künstliche Intelligenz. Menschen. Arbeit“, die im Mai im Kolpinghaus in Bozen stattgefunden hat. „Wir haben diese Tagung organisiert, weil es für uns als Gewerkschaft sehr wichtig ist, dieses Phänomen besser zu verstehen und uns auf die Entwicklungen vorzubereiten, die diese technischen Innovationen mit sich bringen“.

Für die Tagung konnten vier renommierte Uni-Professoren gewonnen werden, die Einblicke und Denkanstöße lieferten: **Diego Calvanese** von der Uni Bozen hielt das Einstiegsreferat, **Nicoletta Cusano**, **Alberto Borboni** und **Simona Cacace** von der Uni Brescia gingen aus verschiedenen Blickpunkten auf einige Aspekte von KI ein. Einige Kernaussagen ihrer Referate:

- › die Techniken, die KI zugrunde liegen, sind nicht neu, ausschlaggebend ist heute die exponentiell **gestiegene Rechenleistung** der Datenverarbeitung;
- › **Risiken** von KI sind die Anfälligkeit der Systeme, die Problematik rund um die Datensicherheit oder die technologische Arbeitslosigkeit;
- › KI stellt uns vor **neue Fragen**: zur Rolle des Menschen und zu der Art und Weise, wie KI unser Bild der Welt beeinflusst und die sozialen Beziehungen verändert;
- › der **Einsatz von intelligenten Maschinen im Arbeitsumfeld** (kollaborative Roboter) ermöglicht neue Formen der Zusammenarbeit, mehr Arbeitssicherheit, eine größere Arbeitszufriedenheit, eine höhere Produktivität, die Vermeidung monotoner und belastender Tätigkeiten sowie von Fehlern;
- › das **Rechtssystem** hat Schwierigkeiten, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten. Der rapide



Technologieschub ist zwar eine große Chance, unsere Gesellschaft tut sich damit aber schwer, weil sie auf ein viel langsames Entwicklungstempo eingestellt ist;

- › ein **ethischer und rechtlicher Rahmen ist wichtig**, um möglichen negativen Entwicklungen vorzubeugen und um die Freiheit und Selbstbestimmtheit des Menschen zu schützen.

In diesen Transformationsprozessen will und muss die Gewerkschaft eine wichtige Rolle spielen. Die Generalsekretärin umriss den gewerkschaftlichen Auftrag folgendermaßen: „Jeder epochale Wandel bringt neue Gleich- und Ungleichgewichte mit sich. Dieser Wandel wird besonders schnell ablaufen. Es kann sein, dass wir die Qualität der Arbeit und die sozialen Abfederungen bei Arbeitsplatzverlust neu denken müssen. Auf der einen Seite sind bestimmte Arbeitsplätze gefährdet, auf der anderen werden neue Berufsbilder und Arbeitsweisen entstehen. Umso wichtiger werden Ausbildung, Umschulungen und Weiterbildung sein. Wir müssen sicherstellen, dass jeder Zugang dazu hat. Ebenso müssen wir dafür sorgen, dass es angemessene Absicherungen gibt für jene, die im Zuge dieses Wandels ihre Arbeit verlieren. Unser Ziel muss es sein, den Arbeitsmarkt genau zu beobachten, um Entwicklungen zu begleiten und auftretende Probleme frühzeitig zu erkennen und angemessen reagieren zu können“.

### Stichwort Künstliche Intelligenz (KI)

Künstliche Intelligenz ist die Fähigkeit von Maschinen, auf der Grundlage von Informationen und Daten menschliche Fähigkeiten wie Denken, Lernen, Planen und Kreativität nachzuahmen, um Probleme zu lösen und Aufgaben zu erledigen.

Beispiele für KI im Alltag sind z.B. personalisierte Empfehlungen fürs Shopping im Internet, Bilderkennung, Online-Übersetzer, sprach- und textbasierte Chatbots wie ChatGPT, selbstfahrende Autos. Weitere Einsatzmöglichkeiten betreffen die Produktion (z.B. kollaborative Roboter in Fabriken) oder die Medizin (z.B. schnellere und genauere Diagnosen).



Die Gastreferenten Simona Cacace, Alberto Borboni, Diego Calvanese, Nicoletta Cusano mit dem SGBCISL-Landessekretariat und Sandro Fraternali, der die Veranstaltung organisiert hat

# Die Geburtenkrise Italiens

Italien steuert auf einen demografischen Notstand zu. In den letzten zehn Jahren hat sich die Geburtenzahl halbiert. Aktuell kommen durchschnittlich 1,2 Kinder pro Frau zur Welt – weit entfernt von den 2,1 Kinder, die nötig wären, um die Bevölkerung stabil zu halten. Italien verzeichnet europaweit die niedrigste Fertilitätsrate. Im Jahr 2023 wurde ein gesamtstaatliches Rekordtief von weniger als 400.000 Geburten verzeichnet. Das Problem ist dennoch in der Politik und nicht nur dort bekannt: Premierministerin Giorgia Meloni hat die Erhöhung der Geburten zur Priorität erklärt, während Papst Franziskus mehr Maßnahmen fordert, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu beseitigen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

## Die älteste Bevölkerung Europas

Italien hat die älteste Bevölkerung Europas und das wird schon in naher Zukunft spürbar sein, wenn die Generation der Babyboomer in Pension geht. Wirtschaftliche und soziale Notstände sind zu erwarten: der Verlust von Arbeitskräften, sinkende Kaufkraft und eine alternde Bevölkerung, die Druck auf die Gesundheits- und Rentensysteme ausübt. Es besteht dringender Handlungsbedarf – so viel steht fest. Was muss auf politischer und wirtschaftlicher Seite getan werden, um die negativen Folgen dieser Entwicklung abzuwehren? Welche Länder machen es besser und warum?

## Prekäre Arbeitsverhältnisse und traditionelle Rollenbilder

Auch in anderen Ländern sinkt die Geburtenzahl seit Jahrzehnten. Die Gründe dafür sind divers. Gesellschaftliche Veränderungen hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen dazu, dass zunehmend mehr Frauen erwerbstätig sind und sich nicht nur in der Rolle der Hausfrau und

Mutter verwirklichen wollen. Italien stellt jedoch eine Ausnahme dar. Während in skandinavischen Ländern ein positiver Zusammenhang zwischen der Beschäftigungsquote und dem Einkommen von Frauen mit der Fertilitätsziffer festzustellen ist, sind erwerbstätige Mütter in Italien weiterhin Stigmatisierungen ausgesetzt – insbesondere in Süditalien, wo das Modell des männlichen Hauptverdieners noch stark als Norm verbreitet ist. Für sie besteht weiter die Entscheidung: entweder Job oder Kinder.

Junge Erwachsene bleiben außerdem länger vom Elternhaus abhängig. In Italien leben 80% der 20 bis 29-Jährigen noch unter dem Dach der Eltern, oft weil ihnen kein reibungsloser Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingt. Auch dadurch haben sich die Einstellungen zur Elternschaft maßgeblich verändert: Die Familiengründung ist heute nur mehr ein Lebensentwurf von vielen. Viele Leute sehen sich der finanziellen Verantwortung nicht gewachsen. Grund dafür sind insbesondere zwei Faktoren: In Italien befinden sich vor allem jüngere Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen und die Wohnkosten steigen stetig, der Eigentumserwerb wird immer unattraktiver und eine Senkung der Lebenshaltungskosten ist aufgrund der Inflation nicht absehbar.

## Krisen sind die größten Treiber

Es ist ein Mix verschiedener, vor allem aber ökonomischer Einflüsse, die sich deutlich im Stimmungsbild der Menschen widerspiegeln. Studien zeigen, dass der Wunsch nach einer Familie unter Jugendlichen immer noch groß ist, doch ökonomische Unsicherheiten führen dazu, dass viele Paare bewusst darauf verzichten, Kinder in die Welt zu setzen. Befragungen zufolge haben 50% der Menschen in den OECD-Ländern negative Erwartungen an die Zukunft und denken, dass ihre eigenen Kinder schlechter dran wären. Der



Aline Lupa ist Soziologin, spezialisiert im Bereich Geschlechtersoziologie, Projektmanagement und qualitative Forschung. Seit Juni 2023 arbeitet sie als Sozialforscherin beim AFI und widmet sich dort den Schwerpunkten Wohlfahrt, soziale Mobilität und Chancengleichheit.

Wohnungsmangel bzw. die Angst in Zukunft keine Bleibe zu finden oder diese nicht halten zu können dominieren die Sorgen der jungen Generation.

Die Krisen und deren Auswirkungen könnten deshalb der vielleicht größte Treiber der sinkenden Geburtenrate sein, denn sie beeinflussen langfristig die wahrgenommene ökonomische Unsicherheit und auch die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung. Also warten viele italienische Paare auf bessere Zeiten – doch kommen diese überhaupt?

#### **Das Vertrauen in den Staat fehlt**

Das Leben der Menschen in vielen Teilen Italiens ist von Verzicht geprägt, denn die Armutsrate in Italien ist hoch, Tendenz steigend. Auf die Politik hoffen viele schon lange nicht mehr. Kürzungen bei Sozialleistungen (wie z.B. das Bürgergeld) unter der Regierung Melonis verschärfen die Situation. Maßnahmen der Vergangenheit wie die gescheiterte „Ackerland-Prämie“, die eine kostenlose Überlassung landwirtschaftlicher Fläche für Familien bei einem dritten Kind vorsah, verfehlten die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung gänzlich und ernteten stattdessen Spott und Misstrauen. Es fehlen Plätze in Kitas, Kindergärten und Schulen. Wie sollen Paare da an eine Familiengründung oder Vergrößerung der Familie denken, in einem Land, das gerade einmal 1,2% des Bruttoinlandsprodukts für den Schutz von Familien ausgibt?

Südtirol verzeichnet im nationalen Vergleich mit 1,6 Kindern pro Frau die höchste Anzahl. Die Paare hier haben womöglich aufgrund der Autonomie und des allgemeinen Wohlstands der Provinz noch mehr Vertrauen in die Politik – doch auch dieser Schein trügt, denn trotz zuletzt gestiegener Einkommen, sind

die Lebenshaltungskosten unverhältnismäßig stark gewachsen.

#### **Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf**

Die Erziehung und Bildung der Kinder sollte eine gesamtstaatliche Aufgabe sein, keine Individualangelegenheit der Eltern. In vielen skandinavischen Ländern und auch in Frankreich gibt der Staat 3% des BIP für wohlfahrtsstaatliche Leistungen für Familien aus. Es sind diese Länder, die bis zuletzt noch die Geburtenrate nahe am Reproduktionslevel halten konnten. Es kommt nicht aber nur darauf an, wie viel Geld der Staat ausgibt, sondern darauf, dass es in kohärente, zugängliche und verlässliche familienpolitische Maßnahmen investiert wird.

#### **Eine langfristige und verlässliche Familienpolitik ist gefragt**

Es ist Aufgabe der Regierung, das Vertrauen der Paare mit Kinderwunsch wieder aufzubauen. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass sie über die gesamte Spanne der frühen Lebensjahre des Kindes Zugang zu universell verfügbaren Unterstützungsleistungen bekommen. Dazu gehört ein Anrecht auf Elterngeld, unabhängig vom Einkommen sowie eine kontinuierliche Kindertagesbetreuung und später eine ganzjährige Betreuung von Grundschulkindern. Nur so kann effektiv etwas an der Entscheidung, ein Kind zu bekommen, geändert werden.

Verbesserungen wie die zehn voll bezahlten Tage Vaterschaftszeit sind ein Anfang, aber auch diese reichen nicht aus, um die Beschäftigungsrate von Frauen, vor allem von Müttern zu erhöhen. Die Allianz für Familie fordert deshalb eine Vaterschaft von 40 Tagen ab der Geburt. In Zeiten, in denen die italienische Großfamilie als wichtige Institution verloren geht, müssen Väter stärker



in die aktive Vaterschaft gefordert werden. Denn ein gesellschaftliches Umdenken kann nur dann erreicht werden, wenn Väter schon früh dazu ermutigt werden und die Möglichkeit erhalten, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen.

#### **Aber reicht gute Familienpolitik allein überhaupt noch aus?**

Italien steht vor einer enormen Herausforderung: Wie bereitet sich das Land auf eine Zukunft mit sinkender Geburtenrate vor? Ein Schlüssel liegt in der Stärkung der Erwerbstätigkeit von Müttern und der Gleichstellung in der Familie – unterstützt durch gezielte politische Maßnahmen. Auch die Arbeitswelt muss flexibler werden, auf Fürsorgebedarfe reagieren und unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen und Einwandernde stärker integrieren. Gleichzeitig wird es schwieriger, allein auf Zuwanderung zu setzen, da der globale Wettbewerb um Fachkräfte wächst. Die Lösung ist genauso vielseitig wie das Problem. Gerade in Krisenzeiten, in denen sich gesellschaftliche Prioritäten schnell wandeln, ist deshalb ein ganzheitlicher und interdisziplinärer Ansatz notwendig, der verschiedene Politikfelder vereint.

Aline Lupa

# Vertragsverhandlungen müssen mehr bringen

In einigen Bereichen konnten Verträge abgeschlossen werden. Endgültig vom Tisch ist hingegen das landesweite, bereichsübergreifende Rahmenabkommen, das ein zusätzliches Lohnelement für alle Arbeitnehmer/innen bringen sollte. Der Einsatz für höhere Löhne über kollektive Vertragsverhandlungen geht auf Sektoren- und Betriebsebene weiter.

Wegen der hohen und stark steigenden Lebenshaltungskosten in Südtirol hatten die Gewerkschaften bei der großen Mobilisierung vom Juni 2023 ein großes Ziel ausgegeben: ein zusätzliches Lohnelement über die territoriale Verhandlungsebene für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Südtirol. Von der Politik wurde mit Nachdruck gefordert, dieses Ziel zu unterstützen, indem Steuerbegünstigungen und öffentliche Beiträge nur mehr an jene Betriebe gehen sollten, die Kollektivverträge anwenden, die höhere Löhne bringen.

## Die Vorgaben der Politik

Die Landespolitik hat das Grundprinzip dieser Forderung im Koalitionsabkommen als politisches Ziel übernommen. Im März 2024 hat der Landtag die Landesregierung beauftragt, eine konstante IRAP-Reduzierung ab 2025 vorzusehen für jene Betriebe, die ihren Mitarbeiter/innen auf der Grundlage eines sozialpartnerschaftlichen Abkommens höhere Löhne gewähren, und die bestimmte Standards in den Bereichen Familienfreundlichkeit und Nachhaltigkeit umsetzen, welche von der Landesregierung festgelegt werden.

## Schwierige Verhandlungen

Bereits 2023 hat sich gezeigt, dass die Arbeitgeberverbände nicht bereit sind, ein Rahmenabkommen für alle Branchen zu unterzeichnen. In der Folge gestalteten sich die Verhandlungen weiterhin schwierig, so hat es im Sommer 2024 keine Einigung zur IRAP-Reduzierung für 2025 für den Industriebereich gegeben, das



Foto © L.S. - stock.adobe.com

von Confindustria vorgeschlagene Abkommen beruht auf Ergebnisprämien statt auf fixen Lohnerhöhungen. Es gibt viele offene Fragen und Differenzen, und es wird nicht leicht, eine Einigung zu erzielen.

## Weiter auf Verhandlungen setzen

Der Gewerkschaft ist es letztthin gelungen, die Vertragsverhandlungen in einigen Bereichen anzukurbeln (eine Übersicht ist auf den folgenden Seiten zu finden). Oft gelingt es aber nicht, Lohnerhöhungen zu erringen, welche die Inflation voll ausgleichen, auch im öffentlichen Dienst ist dies schwierig. Wir sind also weiterhin mit der Herausforderung unzureichender Löhne, steigender Preise und zunehmender Ungleichheiten konfrontiert. Wir wollen weiter verhandeln um

so viele gute betriebliche und sektorale Abkommen wie möglich zugunsten der Arbeitnehmer/innen abzuschließen.

Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, angefangen bei den Auftragsvergaben, wo "gute" Kollektivverträge angewandt werden müssen. Weiters ist die Auslagerung von öffentlichen Diensten einzuschränken, die zu

schlecht bezahlter und prekärer Arbeit führt. Vorrangig bleiben auch die Arbeitssicherheit und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, gerade angesichts des steigenden Pflegebedarfs.

Eine Priorität ist auch die Jugend, für sie braucht es gute Arbeits- und Lebensbedingungen, damit sie im Land bleiben oder nach Südtirol (zurück)kommen.

**Wir wollen weiter verhandeln um so viele gute betriebliche und sektorale Abkommen wie möglich zugunsten der Arbeitnehmer/innen abzuschließen**

## Verhandlungen und Lohnerhöhungen, so steht es in den verschiedenen Sektoren/1

SEKTOR		LANDESKOLLEKTIVVERTRÄGE/BEREICHSABKOMMEN	
Öffentlicher Dienst	Öffentlicher Dienst ("Bereichsübergreifender Kollektivvertrag")	Die Verhandlungen für den Inflationsausgleich 2022-2024 sind gestartet (Vorschuss für diesen Zeitraum wurde bereits 2023 ausbezahlt).	
	Lehrpersonen	Es laufen die Verhandlungen zum Inflationsausgleich 2022-2024 (Vorschuss für diesen Zeitraum wurde bereits ausbezahlt). Verhandelt werden zudem bessere Elternzeitregelungen.	
SEKTOR	GESAMTSTAATLICHE KOLLEKTIVVERTRÄGE		TERRITORIALE EBENE, ZUSATZVERTRÄGE
Privatsektor	Bau Industrie	Der Kollektivvertrag ist am 30. Juni verfallen, die Forderungsplattform steht.	Der Landesergänzungsvertrag wurde 2023 erneuert, Verbesserung beim variablen Lohnelement und Einmalzahlung.
	Bauhandwerk	Der Kollektivvertrag läuft am 30. September 2024 aus.	Der Landeszusatzvertrag wurde 2023 erneuert, Verbesserung bei der Außendienstzulage.
	Holz		In der Holzindustrie gibt es keine territoriale Verhandlungsebene; der Zusatzvertrag Holzhandwerk ist seit 2008 nicht erneuert.
	Metallindustrie	Bereits gestartet sind die Verhandlungen zum im Juni ausgelaufenen Vertrag, dieser hatte für 2021-2024 auf der Lohnstufe C3 über einen Vorschuss auf zukünftige Lohnerhöhungen 310,92 Euro mehr gebracht.	Es gibt keine territoriale Verhandlungsebene, ausgehandelt werden Betriebsabkommen mit Ergebnisprämien, so z.B.: Stahlwerke Valbruna, Gronbach, Alpitronic, GKN Sinter Metal, GKN Driveline.
	Metallhandwerk	Ab September werden die Lohnerhöhungen 2023-2026 verhandelt, auf die es bereits einen Vorschuss gegeben hat.	Die Verhandlungen für die Erneuerung des 2012 ausgelaufenen Zusatzvertrags stehen still.
	Tourismus-Beherbergung (Hotels, Ferienclubs, Camping)	Der gesamtstaatliche Kollektivvertrag ist im Juli 2024 erneuert worden mit stufenweisen Lohnerhöhungen von insgesamt 200 Euro.	Der Landeszusatzvertrag Tourismus-Gastronomie ist im August 2024 unterzeichnet worden mit einer Anhebung des territorialen Lohnelements von 100 auf 150 Euro.
	Tourismus-Nichtbeherbergung/Gastronomie (Gaststätten, Restaurants, Bars)	Der gesamtstaatliche Kollektivvertrag ist im Juni 2024 erneuert worden mit stufenweisen Lohnerhöhungen von insgesamt 200 Euro.	
	Handel und Dienstleistungen – Tertiärbereich (Confcommercio, Confesercenti)	Die Kollektivverträge wurden im März 2024 erneuert mit Lohnerhöhungen von 240 Euro und einer Nachzahlung von 350 Euro.	Die Verhandlungen für den Landeszusatzvertrag Handel laufen.
	Handel (DMO Handelsketten)	Der Kollektivvertrag wurde im April 2024 abgeschlossen mit Lohnerhöhungen von 240 Euro.	
	Sozialgenossenschaften		Im Jahr 2023 ist auch der wirtschaftliche Teil des Zusatzvertrags abgeschlossen worden, dieser sieht Lohnerhöhungen vor.

Überblick der Verhandlungen nach Branchen (Stand: Anfang September)

## Verhandlungen und Lohnerhöhungen, so steht es in den verschiedenen Sektoren/2

	SEKTOR	GESAMTSTAATLICHE KOLLEKTIVVERTRÄGE	TERRITORIALE EBENE, ZUSATZVERTRÄGE
Privatsektor	Körperpflege, Friseure	Der nationale Kollektivvertrag wurde im Mai 2024 abgeschlossen mit Lohnerhöhungen von 183 Euro.	Der Landeszusatzvertrag wurde im Juni 2024 abgeschlossen mit einer stufenweisen Erhöhung von 90 Euro .
	Angestellte von Freiberuflern	Der nationale Kollektivvertrag ist im Februar 2024 abgeschlossen worden mit 215 Euro (una tantum von 400 Euro).	Der Landeszusatzvertrag wurde im März 2024 erneuert, das territoriale Lohnelement wird von 50 auf 125 Euro erhöht.
	Transport	Derzeit werden die Kollektivverträge Eisenbahn, öffentlicher Personennahverkehr und Güterverkehr Logistik verhandelt.	2023 ist das Betriebsabkommen SASA abgeschlossen worden mit wirtschaftlicher Besserstellung auch für 2024. Gestartet sind die Verhandlungen zur Erneuerung des Betriebsabkommens Fercam, Ende des Jahres wird das Zusatzabkommen Simobil neu verhandelt. Weiters wird ein Zusatzabkommen mit Kronplatz Mobility verhandelt.
	Banken	Der Kollektivvertrag wurde im November 2023 erneuert mit durchschnittlich 435 Euro an Lohnerhöhungen.	
	Telekommunikation	Derzeit wird die Erneuerung des Kollektivvertrags für 2023-2025 verhandelt.	
	Elektrowerker	Der Kollektivvertrag vom Juli 2022 wurde mit 243 Euro an Lohnerhöhungen erneuert. Nun wird der Forderungskatalog für die Erneuerung 2025 angegangen. Dieser sieht den Ausgleich der programmierten Inflation 2022-2024 vor.	Der Landeskollektivvertrag der kleinen privaten Elektrowerke wurde 2023 erneuert und die Mindestlöhne an den nationalen Kollektivvertrag angeglichen.
	Post (Poste Italiane)	Der Kollektivvertrag ist im Juni erneuert worden, die Mindestlöhne steigen stufenweise um 192 Euro (angehoben werden u.a. auch die Essensgutscheine).	
	Obstgenossenschaften		Der Landeskollektivvertrag wurde für das Biennium 2024-2025 mit 5 % Lohnerhöhungen abgeschlossen.
	Forstarbeiter/innen		Der Landesergänzungsvertrag wurde für das Triennium 2024 -2026 mit 8% Lohnerhöhungen abgeschlossen.
	Landwirtschaftliche Arbeiter		Der Landesergänzungsvertrag wird derzeit verhandelt.
	Lebensmittelindustrie	Die beiden Kollektivverträge wurden im März bzw. Mai 2024 unterzeichnet mit jeweils 280 Euro an Lohnerhöhungen für den Zeitraum Dezember 2023 – Dezember 2027.	Es konnten einige Betriebsabkommen unterzeichnet werden.
	Lebensmittelgenossenschaften (Milchhöfe und Kellereien)		
	Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaften	Im Dezember 2023 ist der Kollektivvertrag erneuert worden mit Lohnerhöhungen von 190 Euro (bis 2027).	

Überblick der Verhandlungen nach Branchen (Stand: Anfang September)

# Krankenstand: Gut zu wissen

Wissenswertes im Krankheitsfall, von der Krankschreibung bis zum Krankengeld: Ein kleiner Überblick für Arbeitnehmer/innen des Privatsektors.



## Krankmeldung/Krankschreibung

Diese Schritte sind zu unternehmen:

- 1) Unverzügliche Meldung der krankheitsbedingten Abwesenheit an den Arbeitgeber
- 2) Ausstellung eines telematischen Krankenscheins am ersten Tag
- 3) Mitteilung der Protokollnummer an den Arbeitgeber

Nb: In den folgenden Fällen muss die Bescheinigung in Papierform an das Unternehmen und an das INPS geschickt werden: bei Bescheinigung eines nicht konventionierten/privaten Arztes oder der Notaufnahme, bei Krankenhausaufenthalten oder falls der Arzt die Bescheinigung nicht telematisch verschicken kann.

## Auffindbarkeit/Abwesenheit bei Kontrollen

Krankgeschriebene Arbeitnehmer/innen müssen von 10-12 und 17- 19 Uhr an der angegebenen Aufenthaltsadresse anzutreffen sein.

Ungerechtfertigte Abwesenheiten bei Kontrollen ziehen die Kürzung bzw. Streichung des Krankengeldes nach sich.

## Eintägige Krankenstände

Auch für Krankenstände von nur einem Tag braucht es eine Krankschreibung, außer der Kollektivvertrag sieht etwas anderes vor.

## Krankengeld

Das Krankengeld wird vom INPS für höchstens 180 Tage in einem Kalenderjahr bezahlt. Zumeist gehen die ersten 3 Tage zu Lasten des Arbeitgebers und ab dem 4. Krankheitstag zu Lasten des INPS: dies wird vom Kollektivvertrag geregelt, auch die eventuelle Aufstockung auf 100% ab dem 4. Tag durch den Arbeitgeber.

Das Krankengeld wird in der Regel vom Betrieb ausbezahlt, der es dann mit dem INPS verrechnet. In einigen Fällen wird es hingegen direkt vom INPS ausgezahlt, z.B. landwirtschaftliche Arbeitnehmer/innen.

## Bei befristetem Vertrag

In diesem Fall wird das Krankengeld höchstens für so viele Tage ausbezahlt, wie in den 12 Monaten vor dem Beginn der Krankheit gearbeitet wurde; es stehen mindestens 30 und höchstens 180 Tage für den Zeitraum eines Jahres zu.

## Arbeitsplatzerhaltung

Die Höchstdauer des Kündigungsschutzes bei Krankheit ist in den Kollektivverträgen festgehalten. Die Überschreitung dieses Zeitraums ist ein legitimer Grund für eine Entlassung.

## Krankenstand im Urlaub

Eine Krankheit unterbricht die Ferien, wenn sie die Erholung des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin beeinträchtigt.

### Mehr dazu

Ausführlichere Informationen zum Thema Krankenstand (Krankenstand bei Auslandsaufenthalten, öffentlicher Dienst uvm.) gibt es auf unserer Internetseite und bei den Fachgewerkschaften

# Ein Schritt zu mehr Arbeitssicherheit

Mit Oktober wird italienweit der Punktführerschein auf Baustellen starten. Damit soll die Arbeitssicherheit im Bauwesen gefördert werden, wo alle 48 Stunden ein tödlicher Arbeitsunfall passiert. Der Punktführerschein war von der CISL angeregt worden. Wir haben beim Landessekretär der Baugewerkschaft FILCA, Martin Voppichler, kurz nachgefragt.

## Wer muss den Punktführerschein haben?

Betriebe und auch Selbständige brauchen diesen Führerschein und ausreichend Punkte, um auf der Baustelle tätig sein zu dürfen. Ausgenommen sind Lieferanten, Projektanten oder Betriebe, die die erhöhte Sicherheitszertifizierung SOA haben, dabei handelt es meist um große Baufirmen, die bei öffentlichen Ausschreibungen mitmachen.

## Wie funktioniert dieses Instrument?

Ähnlich wie der Führerschein im Straßenverkehr. Jeder Betrieb startet mit 30 so genannten Credits bzw. Punkten. Es gibt Zusatzpunkte für Betriebe, die schon länger tätig sind oder in Arbeitssicherheit investieren. Bei Verstößen gegen die Arbeitssicherheitsbestimmungen oder bei Unfällen gibt es Punktabzüge. Betriebe, die unter die

15-Punktegrenze rutschen, dürfen nicht mehr auf die Baustelle, sonst drohen Strafen. Ausgesetzt wird der Führerschein bei tödlichen Arbeitsunfällen, an denen der Arbeitgeber die Schuld trägt.

## Wie beurteilst du diese Neuerung, was kann sie bringen?

Das System ist recht kompliziert, an bestimmten Punkten wird derzeit (im August, Anm.d.R) im Zuge der Umsetzung des Gesetzes noch gefeilt, auch wir als Gewerkschaft setzen uns noch für Verbesserungen ein. Etwas bewirken kann der Punktführerschein bei den Kleinbetrieben und Subunternehmen, es gibt schwarze Schafe, die bei den Sicherheitskursen der Mitarbeiter ihre Hausaufgaben nicht machen. Der Punktführerschein ist ein Schritt zu mehr Arbeitssicherheit, es braucht aber noch viel mehr.

## Worauf kommt es an, um die Zahl der Arbeitsunfälle zu reduzieren?

Wir müssen auf Sensibilisierung, Unfallvermeidung und Ausbildung setzen. Es bräuchte z.B. Basis-kurse vor Arbeitsbeginn für Arbeiter mit kurzzeitigen Verträgen, die neu im Bauwesen sind und noch keinen Sicherheitskurs besucht haben. Immer mehr Bauarbeiter kommen aus dem Ausland, viele beherrschen weder Deutsch noch Italienisch. Dies ist ein großes Problem, weil so Anweisungen nicht richtig verstanden werden und gefährliche Missverständnisse entstehen. Hier müssen wir unbedingt ansetzen.



Martin Voppichler

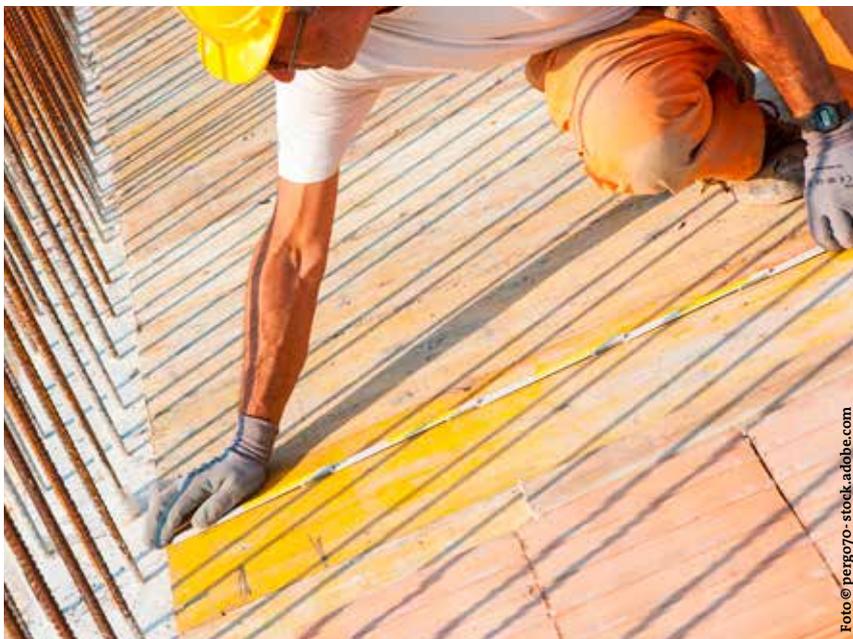


Foto © pergogo - stock.adobe.com

## Schon gewusst?

Lohntabellen mit den Mindestlöhnen aus den Bereichen Handel, Gastgewerbe, Dienstleistungen, Metallm Bau, Holz uvm. sind auf unserer Internetseite unter [www.sgbcisli.it/de/lohnentabellen](http://www.sgbcisli.it/de/lohnentabellen) zu finden.

# Wie Wohnraum zu einer knappen Ressource wird

**In Meran spitzt sich die Wohnungsnot immer weiter zu, was für viele Bürger zu erheblichen Problemen führt.**

Die hohen Mieten für kleine Wohnungen verschärfen die allgemeine Situation, da viele Wohnungssuchende kaum erschwinglichen Wohnraum finden können. Auch gibt es nicht genug Wohnungen für einkommensschwache Familien: von den 1.463 WOBI-Wohnungen sind nur mehr 9 frei, der Großteil (genau 1.379) wurde bereits vergeben, weitere 11 wurden bereits zugewiesen, in 44 werden derzeit Sanierungs- bzw. Instandhaltungsarbeiten durchgeführt und 21 Wohnungen sind nicht vermietbar.

Nicht nur die geringe Anzahl der Wohnungen wird immer mehr zum Problem; für Personen, die plötzlich in akute Wohnungsnot kommen, dauert das Zuweisungsverfahren oftmals zu lange, wenn sie nicht bereits durch das Raster der Kriterien fallen. Hier braucht es unbedingt eine Beschleunigung der Vergabeverfahren und eine Anpassung der Kriterien, besonders in Not-Situationen.

Diese prekäre Lage führt besonders in Meran immer mehr zu einem Gefühl der Verzweiflung und der Unsicherheit in der Bevölkerung, welches wir auch bei unseren Mitgliedern wahrnehmen, die sich immer wieder hilfeschend an uns wenden. Nachfolgend möchten wir einige Probleme und Phänomene aufzeigen, die auf dem Wohnungsmarkt in Meran, und sicherlich auch in anderen Städten Südtirols auftreten.

Die Nachfrage auf dem privaten Wohnungsmarkt übersteigt das Angebot bei weitem, und ohne gute Referenzen oder persönliche Kontakte ist es für viele fast unmöglich,

eine geeignete Mietwohnung zu finden. Nicht nur mehr unter Universitätsstudenten bilden sich Wohngemeinschaften, immer mehr Alleinstehende und Pensionisten suchen nach Mitbewohnern für die eigene Wohnung, oder Personen für eine Wohngemeinschafts-Neugründung, um Kosten zu sparen.

Gleichzeitig gibt es leerstehende Gemeindeimmobilien, für die schon seit Jahren eine Lösung gesucht wird, und ganze Wohngegenden, wo die meisten Wohnungen in den Kondominien teilweise nur für wenige Wochen im Jahr bewohnt sind, da sie als Ferienwohnungen genutzt werden. Personen, deren Mietverträge auslaufen und die sich höhere Mietpreise nicht leisten können, finden hingegen keine neue Bleibe.

Ein anderes Phänomen zeigt sich in der Baubranche. Es werden kaum mehr klassische Kondominien mit vielen Wohneinheiten gebaut, der Trend geht in Richtung Mikro-Kondominium mit wenigen Parteien, dafür allerdings mit hohen Baustandards und daraus resultierendem hohen Preis. Der Wohnraum in der Stadt bleibt somit nur mehr einer finanzkräftigen Bevölkerungsschicht vorbehalten, die "Ghettoisierung" wird vorangetrieben.

Diese Entwicklungen verschärfen die soziale Ungleichheit und machen den Wohnraum in der Stadt zunehmend zu einem Luxusgut, das sich nur noch wenige leisten können. Vor diesem Hintergrund ist es für uns als Gewerkschaft umso wichtiger, die Anliegen unserer Mitglieder lautstark zu vertreten, die Probleme aufzuzeigen und sich



Foto © peterschreiber.media - stock.adobe.com

dafür einzusetzen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum und gerechtere Wohnbedingungen geschaffen werden.

Omar Covi  
Meran/Vinschgau

# Bozen, die Stadt der unvollendeten Projekte

**Bozen und eine paradoxe, frustrierende Situation: das Schicksal der öffentlichen Bauvorhaben.**

In Bozen bleiben ehrgeizige Projekte, die die Lebensqualität und die Effizienz der Landeshauptstadt verbessern sollten, häufig unvollendet. Diese Situation hat zu einer zunehmenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung geführt. Die Bürger sind es leid, dass geplante Vorhaben zu Papier, dann aber nur schwerlich zu Ende gebracht werden. Einige Beispiele.

Ein bezeichnendes Beispiel ist das des Bibliothekszentrums „Pascoli“. Als avantgardistisches Kulturzentrum angekündigt, hätte das Projekt den Bezugspunkt für alle Literatur- und Kulturinteressierten werden sollen. Trotz der vielen Ankündigungen steckt das Vorhaben aber immer noch in der Planungsphase, das heruntergekommene Gebäude wartet auf seine neue Bestimmung.

Ähnlich der Gefängnisneubau: Die derzeitige Struktur ist alt und ungeeignet, sie hätte mittlerweile schon von einem Neubau abgelöst werden sollen, den es aber immer noch nicht gibt. Bozen hat also weiterhin eines der schlechtesten Gefängnisse in ganz Italien.

Ein weiteres Beispiel ist die neue Seilbahn nach Jenesien, eine wichtige Verbindung, die die Erreichbarkeit verbessern und den Straßenverkehr reduzieren sollte. Anfänglich begeistert aufgenommen, droht das Neubauprojekt zu einer weiteren ungenutzten Chance zu werden.

Dann gibt es noch die großen Bauvorhaben wie das Bahnhofsareal und die Zone Sigmundskron, die Bozen grundlegend verändern könnten und als moderne und lebenswerte Stadt aufwerten sollten. Auch in diesen Fällen zieht sich die Verwirklichung der

Projekte immer weiter hinaus, was zu einer Art permanentem Stillstand führt.

All dies ist ein Imageschaden für Bozen und bremst die städtische Entwicklung ein. Jedes Jahr wird die Diskussion rund um die Projekte neu aufgenommen, damit gehen Versprechungen und Erwartungen einher, die sich dann nicht erfüllen. Gleichzeitig leidet die Stadt unter einer unzureichenden Infrastruktur.

Der Verkehr stellt eines der vorrangigsten Probleme dar. Der zunehmende Verkehr belastet das Straßennetz immer stärker. Lösungen für den Verkehr und die Luftqualität gäbe es, die Umsetzung der geplanten

Infrastrukturverbesserung scheint aber in weite Ferne zu rücken.

Direkt können wir als Gewerkschaft zwar nicht auf die Verwirklichung öffentlicher Bauvorhaben einwirken, wir wollen aber einbezogen werden, in konstantem Austausch mit der Gemeinde stehen und Vorschläge einbringen. Bozen mit seinem großen Potential verdient mehr.

Die Institutionen auf allen Ebenen und die beteiligten Unternehmen sind gefordert, jene Projekte zu verwirklichen, die die Lebensqualität in Bozen verbessern.

Michael Raveane

Bezirkssekretär Bozen/Unterland

## Neues Sekretariatsmitglied

Pasquale Morena ist neu in das Bezirkssekretariat Bozen-Unterland gewählt worden. Morena ist seit vielen Jahren Delegierter der Schulgewerkschaft. Er folgt auf Riccardo Conte, der das Amt des Generalsekretärs der Metallergewerkschaft FIM SGBCISL übernommen hat. Wir danken Riccardo Conte herzlich für seinen Einsatz und wünschen dem neuen Sekretariatsmitglied Pasquale Morena und dem gesamten Team gute Arbeit.



Das neue Bezirkssekretariat, von links: Alexander Pancheri, Michael Raveane, Pasquale Morena

# Unser Büro in Bruneck erhält ein Update

In den Sommermonaten wurden in unserem Sitz in Bruneck in der Stegener Straße 8 Umbauarbeiten vorgenommen. Es gibt nun ein neues Empfangsbüro, die Büros des Patronats wurden erweitert.



Ein Blick in den neuen Empfangsbereich im Erdgeschoss



Erneuert wurden auch die Büros des Patronats INAS, die nun besser eingeteilt sind und mehr Privatsphäre bieten



Die Arbeitsplätze der Patronatsmitarbeiter/innen sind neu gestaltet worden

Seit Jahren steigt die Mitgliederzahl des SGBCISL-Bezirks Eisack/Rienz stetig an. Dies bringt selbstverständlich auch mehr Parteienverkehr in unserem Sitz in Bruneck mit sich, und folglich einen höheren Bedarf an Personal und Arbeitsplätzen, um alle unsere Mitglieder angemessen betreuen zu können. Nachdem die Büros in Bruneck nun kurz davor waren, aus allen Nähten zu platzen, war es notwendig, einige Erweiterungs- und Umbauarbeiten vorzunehmen, um unseren Mitgliedern auch weiterhin effizient und in geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen zu können.

Die erste Neuerung betrifft das Empfangsbüro, welches zuvor im ersten Stock zu finden und zu klein geworden war. Dieses wurde nun ins Erdgeschoss verlegt, direkt am Eingang in das Gebäude. Dort ist Platz für drei MitarbeiterInnen, welche von jetzt an alle BesucherInnen unseres

Sitzes empfangen werden. Dort erhalten sie wie bisher Erstauskünfte und können Termine vereinbaren. Dieser neue Empfangsbereich dient auch dazu, die BesucherInnen, egal ob mit Termin oder ohne, umgehend an die richtigen Büros und Ansprechpartner im Sitz zu verweisen. Dies verbessert und beschleunigt die internen Abläufe. Zusätzlich startet mit dem neuen Empfangsbüro auch ein neues Warteschlangensystem: Durch die Anmeldung am Empfang wissen alle MitarbeiterInnen in den Büros jederzeit, ob die Personen, die mit oder ohne Termin zu ihnen kommen, bereits im Haus sind und können diese gezielt mit einer Nummer aufrufen, wodurch auch die Privacy aller BesucherInnen besser gewahrt ist.

Die zweite Neuerung betrifft die Büros des Patronats im ersten Stock. Diese wurden komplett umgebaut und auch erweitert. Durch

die Erweiterung steht den MitarbeiterInnen des Patronats nun mehr Platz zur Verfügung und die Arbeitsplätze sind nun so gestaltet, dass die Privatsphäre der Personen, die sich ans Patronat wenden, besser geschützt werden kann.

Wir freuen uns darauf, euch in den neuen Räumlichkeiten begrüßen zu dürfen!

Josef Untermarzonner  
SGBCISL Eisack/Rienz

# Sanierungsarbeiten, der Steuerabzug könnte reduziert werden

**Der IRPEF-Steuerabzug bei Sanierungsarbeiten könnte von 50% auf 36% herabgesetzt werden, ebenso der abschreibbare Höchstbetrag.**

Der Steuerabzug bei Umbauarbeiten war in den vergangenen Jahren in Italien eine wichtige Maßnahme zur Sanierung und Instandhaltung von Immobilien. Die Möglichkeit, 50% der Ausgaben für Sanierungsarbeiten bis zu einem abschreibbaren Höchstbetrag von 96.000 Euro pro Wohneinheit von der Einkommenssteuer IRPEF abzuziehen, hat Millionen Bürgern eine beträchtliche Steuerersparnis gebracht. Mit dem nächsten Haushaltsgesetz könnte diese Förderung allerdings wieder reduziert und auf die ursprünglichen 36% zurückgesetzt werden. Geplant ist auch, das Ausgabenlimit von 96.000 Euro auf 48.000 Euro pro Wohneinheit herabzusetzen. Dies bedeutet, dass bei größeren Sanierungsarbeiten jener Teil der Ausgaben, der 48.000 Euro überschreitet, in Zukunft nicht mehr steuerlich absetzbar wäre.

## Was könnte sich mit dem Haushaltsgesetz 2025 ändern?

Falls das Haushaltsgesetz die geplante Rückkehr zu den 36% und die neue Ausgabengrenze von 48.000 Euro bestätigen sollte, dann müssten sich die Bürger auf geänderte Bedingungen einstellen.



Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass die Maßnahme nicht rückwirkend greifen würde: Wer innerhalb 31. Dezember 2024 Sanierungsarbeiten beginnt, mittels Überweisung mit Gesetzangabe bezahlt und die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, kann den 50%igen Steuerabzug bis zu einer Ausgabe von 96.000 Euro weiterhin beanspruchen.

Wer die Arbeiten hingegen im neuen Jahr beginnt, würde – immer sofern die Neuregelung auch in Kraft tritt – nur noch den niedrigeren 36%igen Abzug auf maximal 48.000 Euro beanspruchen können. Dies könnte zu einem Wettlauf gegen die Zeit führen beim Versuch, Sanierungsarbeiten noch bis Jahresende zu beginnen oder abzuschließen, um noch die vorteilhaftere Regelung nutzen zu können.

## Von 50% auf 36%: zwei Rechenbeispiele

Wenn z. B. ein Bürger heute 10.000 Euro für die Sanierung seiner Wohnung ausgibt, kann er 5.000 Euro (50% von 10.000 Euro) über 10 Jahresraten zu je 500 Euro von der Einkommenssteuer abziehen. Ab dem kommenden Jahr könnten für dieselbe Ausgabe mit dem neuen 36%igen Steuersatz nur noch 3.600 Euro abgezogen werden (36% von 10.000 Euro), zu zehn Jahresraten von 360 Euro.

Ein Bürger, der seine Immobilie um beispielsweise 50.000 Euro saniert, könnte mit der neuen Regelung nur noch 48.000 Euro geltend machen, und maximal 17.280 Euro zurückerhalten (36% von 48.000 Euro), also 1.728 Euro pro Jahr über zehn Jahre. Der Differenzbetrag von 2.000 Euro könnte steuerlich nicht mehr abgezogen werden.

## Schlussbetrachtungen

Die mögliche Rückkehr zur alten gesetzlichen Regelung hätte große finanzielle und soziale Folgen. Für Bürger, die ihre Wohnung sanieren möchten, ist es also sehr wichtig, gut informiert zu sein, um eine überlegte Entscheidung treffen zu können. Die Steuererklärung 730 wird weiterhin ein wesentliches Instrument bleiben, um diesen Steuervorteil bestmöglich zu nutzen, auch bei reduziertem Steuerabzug und herabgesetzter Höchstgrenze.

In Erwartung der endgültigen Entscheidung im Parlament raten wir allen Interessierten, sich in dieser Angelegenheit an die Steuerdienstbüros CAF SGBCISL zu wenden, um die individuelle Situation abzuwägen und die optimale Lösung zu finden.

Sarah Fellin  
CAF SGBCISL

## Dienst bei Pauschalssystem „forfettari“

Unser Steuerdienst bietet Freiberuflern und Kleinunternehmern ohne Personal Beratung und Betreuung mit dem Pauschalssystem „Forfettario“ an.

Wir klären die Voraussetzungen für die Eröffnung der MwSt.-Nummer „Forfettario“ ab und bieten Hilfe bei der Eröffnung/Schließung der MwSt.-Nummer für Kleinunternehmer und Freiberufler mit dem Pauschalssystem

„Forfettario“. Zudem fassen wir die Steuererklärung Modell „Redditi pf“ ab und berechnen die Einzahlungen der Pauschalsteuer und der Pflichtbeiträge NISF/INPS.

Anlaufstellen für diesen Dienst sind die CAF-Steuerdienstbüros in den Sitzen Bozen, Meran, Brixen und Bruneck.

# Innerhalb Oktober kann um die Zuschüsse angesucht werden

Die Region gewährt Zuschüsse für die rentenmäßige Absicherung von Erziehungszeiten. Die Anträge für die Zeiträume des Jahres 2023 müssen innerhalb Oktober 2024 gestellt werden.

Zu den Unterstützungsmaßnahmen der Region im Vorsorgebereich zählt der Zuschuss für Betreuungs- und Erziehungszeiten der eigenen Kinder im Alter zwischen dem 4. Lebensmonat und dem vollendeten 3. Lebensjahr (bei Teilzeitbeschäftigung steht der Beitrag bis zum 5. Lebensjahr des Kindes zu).

Wichtig: Die Ansuchen für die Zeiträume des Jahres 2023 müssen innerhalb 31. Oktober 2024 eingereicht werden.

Die Zuschüsse für Erziehungszeiten der Kinder im Einzelnen:

## Rückerstattung bei freiwilligen Beiträgen an die eigene Rentenkasse

- › Rückerstattung bis zu 9.000 Euro pro Jahr von freiwillig an die eigene Rentenkasse eingezahlten

Beiträgen für den Elternteil, der unbeschäftigt ist (z.B. Hausfrauen, Studenten) oder der einen unbezahlten Wartestand im Privatsektor beansprucht und ohne Vorsorgeabsicherung ist.

- › Maximal 4.500 Euro pro Jahr an Rückerstattung bis zum 5. Lebensjahr des Kindes gibt es für Beschäftigte des Privatsektors in Teilzeit bis 70%.

## Beiträge für den Zusatzrentenfonds

- › Beitrag bis zu 4.000 Euro pro Jahr für den Elternteil, der unbeschäftigt ist (z.B. Hausfrauen, Studenten) oder der einen unbezahlten Wartestand im Privatsektor beansprucht und ohne rentenmäßige Absicherung ist, oder für Hausangestellte (=Arbeitsvertrag als Mitarbeitende/r im Haushalt).

- › Maximal 2.000 Euro pro Jahr bis zum 5. Lebensjahr des Kindes gibt es für Beschäftigte des Privatsektors in Teilzeit bis 70%.

Anlaufstelle für weitere Informationen und eine Terminvormerkung für die Antragstellung ist das Patronat INAS.

Foto © Photographic.eu - stock.adobe.com



## „Assegno unico“ Aufgepasst bei Volljährigkeit eines Kindes

Eine besondere Situation in Bezug auf das einheitliche staatliche Familiengeld („assegno unico“) betrifft Familien, in denen ein Kind volljährig wird. Zwar steht die Leistung auch für volljährige Kinder bis zum 21. Lebensjahr zu, allerdings nur, falls sie:

- › eine Schule besuchen oder studieren,
- › weniger als 8.000 Euro brutto/Jahr an Einkommen erzielen (Arbeit, Praktikum),
- › in die Arbeitslosenlisten eingetragen sind
- › oder einen Zivildienst ableisten.

Ist dies der Fall, muss das Bestehen der jeweiligen Voraussetzung dem

INPS auch mitgeteilt werden, ansonsten setzt das INPS die Leistung für dieses Kind ab dem Folgemonat der Volljährigkeit aus.

*Beispiel: Ein Kind wird 18 und besucht die Oberschule. Um die zustehende Leistung für dieses Kind zu beziehen, muss der laufende Antrag online abgeändert werden, indem im entsprechenden Abschnitt die bestehende Voraussetzung für das Kind angeklickt wird.*

Dem INPS ist jede Veränderung in der Familiengemeinschaft mitzuteilen, die das Anrecht auf die Leistung und deren Höhe betrifft

(Geburt eines Kindes, Wegfallen einer Voraussetzung).

Wir erinnern daran, dass diese Leistung für Kinder mit einer Beeinträchtigung altersunabhängig zusteht.

Ansprechpartner für Beratung und Hilfe beim Übermitteln eventueller Änderungen ans INPS in Bezug auf das einheitliche Familiengeld sind die INAS-Patronatsbüros.

Sabrina Tribus  
Patronat INAS Meran

## Für eine bessere Absicherung im Alter

**Die Vorteile einer Zusatzrente: Die Infopoints beraten, die Region gewährt Fondsmitgliedern Unterstützungen in Sonderfällen.**

Es ist wichtig, sich rechtzeitig mit der eigenen Rentensituation und der Absicherung im Alter auseinanderzusetzen, und dafür auch eine Zusatzrente in Betracht zu ziehen. Der Beitritt zu einem solchen Fonds bietet einige Vorteile, etwa den zusätzlichen Beitrag des Arbeitgebers.

Wer sich über die Zusatzrente informieren und unverbindlich beraten

lassen möchte, kann sich an die PensPlan-Infopoints in unseren Sitzungen wenden. Termine für diese Beratungsschalter können in den SGBCISL-Bezirksbüros Bozen, Meran, Brixen, Bruneck, Neumarkt und Mals vereinbart werden. Das individuelle Beratungsgespräch dauert ca. eine halbe Stunde und ist kostenlos

Die Infopoints sind auch Anlaufstelle für Informationen zu den



Foto © doris\_bredow - stock.adobe.com

regionalen Unterstützungsmaßnahmen für den Aufbau einer Zusatzrente.

## Deine Rechte als Verbraucher/in

**Ich habe im Internet ein sehr gutes Angebot für ein generalüberholtes Smartphone gesehen. Worauf sollte ich achten und welche Rechte habe ich?**

Generalüberholte Produkte werden häufig mit dem englischen Begriff „refurbished“ bezeichnet; dies bedeutet „runderneuert“, „generalüberholt“ oder „wiederhergestellt“. Bei solcher runderneuerter Ware wird versichert, dass sie zunächst von sog. Refurbishern genauestens unter die Lupe genommen wird und notwendige Reparaturen und Austausche vorgenommen werden, bevor sie auf dem Refurbished-Markt angeboten wird. Rein rechtlich ist generalüberholte Ware als Gebrauchtware einzustufen. Hier sieht der Gesetzgeber die Möglichkeit der Herabsetzung der Gewährleistungsfrist von zwei Jahren, wie bei Neuware verpflichtend vorgeschrieben, auf ein Jahr vor. Wenn Sie sich für den Kauf entscheiden, sollten Sie sofort nach der Lieferung den Zustand des Gerätes kontrollieren. Halten Sie kleine Kratzer, Gebrauchsspuren und ästhetische Mängel durch Fotos oder Videos fest. Dies dient dazu, im Falle einer Funktionsstörung beweisen zu können, welche Mängel bereits beim Erhalt des Gerätes vorhanden waren. Sollte der Kauf über eine Plattform erfolgen, überprüfen Sie, ob diese den Käufer:innen gewisse Garantierrechte zusichert. Seien Sie sich bei der Benutzung des Refurbished-Gerätes bewusst, dass gewisse Eigenschaften, die der Hersteller über einen bestimmten Zeitraum hinweg garantiert (so z. B., dass ein Handy wasserdicht ist), nicht mehr eingefordert werden können. Treten Mängel auf, melden Sie diese unverzüglich schriftlich dem Verkäufer bzw. der Verkaufsplattform und setzen Sie eine Frist zur Nachbesserung (Reparatur oder Ersatz). Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link: [https://www.euroconsumatori.org/de/news\\_de/868](https://www.euroconsumatori.org/de/news_de/868)

*Rubrik in Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen VZS und EVZ*

## „Alles, was ein Lehrling wissen muss“

Im Sommer ist die gedruckte Ausgabe des AFI-Lehrlingskalenders 2024/2025 erschienen. Das bewährte Handbuch informiert über alles, was Lehrlinge wissen müssen: von den Rechten und Pflichten von Lehrling und Arbeitgeber über die sektorenspezifischen Bestimmungen und Entlohnungen bis hin zu den Karrierewegen nach dem Lehrabschluss.

Den Lehrlingskalender gibt es auch online, als App und unter [www.afipl.org](http://www.afipl.org), wo die Daten und Informationen laufend aktualisiert werden.

## BKH: Leistungen bis 2025 bestätigt

Die Sozialpartner haben die Leistungen der Bilateralen Körperschaft für das Handwerk BKH bis Ende 2025 bestätigt.

Zu den Leistungen für Lohnabhängige zählen z.B. die Betriebsaltersprämie und der Beitrag für Lehrlinge, deren Lehrberuf untypisch für ihr Geschlecht ist.

Eine Neuerung betrifft den Beitrag für Ausgaben für außerschulische Aktivitäten der Kinder (Sport, Kultur, KITA/Tagesmütter): Dieser Beitrag von bis zu 250 Euro/Jahr gilt ab 2024 pro Kind und nicht mehr nur pro Familie.

Mehr zu den Leistungen der BKH unter [www.eba-bz.it/leistungen](http://www.eba-bz.it/leistungen)

# Einige Herbstangebote

Ein Dankeschön an alle Mitglieder, die heuer an unseren bisherigen Initiativen teilgenommen haben. Die Sommeraufenthalte sind sehr gut angekommen, vor allem Alba Adriatica und Paestum. Wir bieten euch einige Vorschläge für den Herbst an, um in Form zu bleiben.

## Aktivitäten

### Tanzkurse

Montag 18.30 – 19.30, Mittwoch 10.45 – 11.45 Uhr

### Acquagym

Schwimmbad in der Trieststraße,  
Schwimmbad Don Bosco

### Yoga-Kurse

## Kulturfahrten

Auch heuer besuchen wir wieder die italienische Kulturhauptstadt

Freitag (Nachmittag), Samstag und  
Sonntag, 4. bis 6. Oktober

### Pesaro und Urbino mit Abendessen und Übernachtung in Cattolica

Wir bereiten derzeit zudem Tagesfahrten für den Herbst vor. Weitere Angebote werden derzeit noch ausgearbeitet. Ihr könnt die aktuellen Angebote auf unserer Internetseite [www.sgbcisl.it/it/etsi](http://www.sgbcisl.it/it/etsi) oder in unseren Büros finden.

## Abschied von Toni Galassiti

Auch wir verabschieden uns von unserem Freund und Mitglied Toni. Du warst in den 25 Tätigkeitsjahren des Freizeitvereins ETSI als Mitarbeiter wie auch als Organisator sehr aktiv. Du hast jedes Jahr an vielen Initiativen und Projekten teilgenommen und warst immer bereit, diese auch mitzuorganisieren. Wir haben viel von dir gelernt, du warst eine Art „Lehrmeister“ für uns. Wir werden uns immer an diesen Satz erinnern: „Mitglieder macht man in der Bar, nicht im Büro“. Du hast uns gezeigt, was einen Verein ausmacht und wie man ihn lebt, deinem Beispiel wollen wir weiterhin folgen. Du wirst immer in unseren Herzen bleiben.



Ein Bild aus dem Archiv: ein Gruppenfoto der ETSI-Mitarbeiter, Toni Galassiti ist in der hinteren Reihe der 3. von links.

In ehrendem Gedenken

Das Team des Freizeitvereins  
Etsi Provinciale Aps

### Informationen:

ETSI Kultur und Freizeit  
Siemens-Straße 23, Bozen  
Tel. 0471 568 476 – [etsi@sgbcisl.it](mailto:etsi@sgbcisl.it)  
[www.sgbcisl.it/etsi](http://www.sgbcisl.it/etsi)

# Solidarität mit...

## Angegriffenen Arbeitnehmer/innen

Ständig kommt es zu verbalen und physischen Übergriffen gegen Arbeitnehmer/innen: in Bussen, Zügen, Gesundheitsstrukturen und Supermärkten. Diese Angriffe richten sich gegen Menschen, die lediglich ihrer Arbeit nachgehen, noch dazu im Dienst der Allgemeinheit. Derartige Vorfälle sind sehr belastend und auch mit negativen Folgen für die Betroffenen verbunden. Die Häufung von Angriffen, schon die Angst vor einem möglichen Vorfall, kann die Arbeitsbedingungen langfristig beeinträchtigen.

Es ist in erster Linie Aufgabe der Arbeitgeber, für ein sicheres

Arbeitsumfeld zu sorgen. Dieser Pflicht müssen sie nachkommen. Das Problem liegt aber oft tiefer. Respektlosigkeit, mangelndes Verantwortungsbewusstsein und eine zunehmende Gewaltbereitschaft scheinen immer akutere Problem zu werden.

Sicherheit und Gewaltprävention sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Neben angemessenen Schutzkonzepten und Sanktionen braucht es auch Maßnahmen, die bei den Ursachen von Aggressionen ansetzen, wie Frustration, falsche Einstellungen und Konfliktbewältigungsmuster, soziale Unsicherheit und/oder Stress.

### HAUPTSITZ

#### Bozen

Siemensstraße 23  
Tel. 0471 568400  
info@sgbcisl.it

### BEZIRKE

#### Bozen/Unterland

##### Bozen

Mailandstraße 121/A  
Tel. 0471 204 602

##### Leifers

Weissensteiner Straße 3  
Tel. 0471 952 692

##### Neumarkt

Rathausring 19  
Tel. 0471 812 139

#### Eisack/Rienz

##### Brixen

Großer Graben 7  
Tel. 0472 836 151  
brixen@sgbcisl.it

##### Bruneck

Stegener Straße 8  
Tel. 0474 375 200  
bruneck@sgbcisl.it

##### Sterzing

Gänsbacherstraße 33  
Tel. 0472 766 640

#### Meran/Vinschgau

##### Meran

Meinhardstraße 2  
Tel. 0473 230 242  
info.me@sgbcisl.it

##### Mals

General-Verdross-Str. 45  
Tel. 0473 831 418